



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

18. November 2022
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Bürgergeld: Wir Opfer der Krise müssen zusammenhalten – und uns gemeinsam wehren

Was für ein Name: „Bürgergeld“! Als gäbe es jetzt Geld für alle Bürger. Dabei ist es nur ein neuer Name für das verhasste HartzIV, mit dessen Einführung im Jahr 2004 sich Armut und Niedriglöhne so stark ausgebreitet haben.

Vorher hatten die Konzerne Schwierigkeiten, im großen Stil Niedriglohn-Jobs, Teilzeit, Minijobs, Leiharbeit und befristete Stellen durchzusetzen. Denn kaum einer hat freiwillig eine Arbeit angenommen, bei der man schlechter dran war als mit Arbeitslosengeld. Eben deshalb hat die SPD-Regierung damals das viel niedrigere HartzIV eingeführt – samt der Sanktionen, die Arbeitslose zwingen, jeden dieser schlechten Jobs anzunehmen.

Nur durch diesen Zwang konnten die Kapitalisten so viele Arbeitende in unsichere und Niedriglohn-Jobs drängen – und unter diesem Druck letztlich unser aller Arbeitsbedingungen und Löhne verschlechtern.

HartzIV ist ein Traum für die Kapitalisten. Deshalb will die Ampel-Regierung es auch nicht abschaffen, sondern nur

umtaufen. Deshalb soll es auch beim Bürgergeld weiter alle Sanktionen geben, nur dass sie zum Schein wenige Monate nach hinten verschoben werden.

HartzIV hat die Löhne bereits so gedrückt, dass Millionen Menschen täglich arbeiten und am Ende des Monats trotzdem kaum mehr haben als HartzIV. Und nun tun CDU und AfD auch noch so, als würden sie die Interessen dieser Arbeitenden vertreten, indem sie beim Bürgergeld... noch mehr Abzüge und Sanktionen durchsetzen wollen.

Wenn es CDU und AfD ernsthaft um Gerechtigkeit für die „hart Arbeitenden“ gehen würde, dann würden sie höhere Löhne verlangen!

Doch nichts dergleichen. Stattdessen versuchen sie mit ihren Sprüchen, uns Opfer der Krise gegeneinander aufzuhetzen. Damit wir unsere Wut nicht gemeinsam gegen die wahren Verursacher unserer Probleme richten: Gegen die Bosse der Supermarkt-, Auto-Logistik- oder Chemie-Konzerne mit ihren Milliardengewinnen, die Arbeitende (in

Subfirmen) für 13 Euro die Stunde ausbeuten. Gegen Kapitalisten wie den KarstadtKaufhof-Besitzer Benko, der Milliarden auf dem Konto hat, sich trotzdem Geld vom Staat schenken lässt und gleichzeitig tausende Verkäufer*innen in HartzIV schickt.

Gegen diese wahren Schmarotzer, die von unserem Geld leben und für Niedriglöhne UND Arbeitslosigkeit verantwortlich sind, müssen wir uns zusammen tun.

Die Trennung in Arbeitende und Arbeitslose ist ohnehin künstlich. Leiharbeiter und Befristete sind ständig mit einem Bein in der Arbeitslosigkeit. Letztlich kann jeder morgen seine Arbeit verlieren, mit der drohenden Rezession erst recht.

Nur wenn wir uns zusammentun, haben wir eine Chance, uns angesichts von Inflation und Krise zu verteidigen und Maßnahmen zu erkämpfen, die uns alle vor Verarmung zu schützen: anfangen damit, dass Löhne, Renten und Sozialleistungen monatlich mit den Preisen mitsteigen.

Proteste nach dem tödlichen Arbeitsunfall bei ThyssenKruppStahl

Mitte Oktober ist bei ThyssenKruppStahl in Duisburg ein 26jähriger Bulgare tödlich verunglückt, der dort als Leiharbeiter für eine Subfirma für Industriereinigung gearbeitet hat. Am 14. Oktober war er auf einmal verschwunden. Doch erst drei Tage später, als seine Familie Alarm schlug, wurde er wirklich gesucht... und tot in einem Schlacke-Becken auf dem Werksgelände gefunden.

Wütend zogen am darauffolgenden Wochenende 1.000 Demonstranten vor das Werk. Sie verlangten Aufklärung darüber, warum erst so spät nach ihm gesucht worden war. Und wie der Kollege an seinem dritten Arbeitstag in die Nähe eines gefährlichen Schlacke-Beckens kommen konnte, wo eigentlich niemand alleine arbeiten darf.

Das ganze System der Sub- und Leihfirmen, an die die Konzerne viele Arbeiten ausgelagert haben, provoziert solche Unfälle. Osteuropäische Arbeiter solcher Subfirmen erhalten nur selten ausreichend Sicherheitseinweisungen – und oft nicht in ihrer Muttersprache. Und so werden sie dann auf die Werksgelände geschickt, die an sich schon viele Gefahren bergen, wenn man sich nicht auskennt – um dort obendrein die dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten zu verrichten.

Juristisch können die Bosse von TKS ihre Hände wahrscheinlich in Unschuld waschen. Doch das Blut klebt an ihren Händen.



Raketeneinschlag in Polen: Wir sitzen auf einem Pulverfass!

Am Dienstag ist eine Rakete in Polen, einen Kilometer hinter der ukrainischen Grenze eingeschlagen.

Sofort versetzte Polen seine Armee in erhöhte Alarm-Bereitschaft. Die baltischen EU-Staaten erklärten, sie würden jeden Zentimeter polnischen Staatsgebiets an Seiten ihrer polnischen Waffenbrüder gegen Russland verteidigen. Und die NATO diskutierte auf einer Krisen-Sitzung, ob sie dem NATO-Mitglied Polen wohl militärisch bestehen müsste... Bis sich am nächsten Tag herausstellte: Es handelte sich nicht um einen russischen Angriff, sondern um eine Abwehr-Rakete der ukrainischen Armee, die über die Grenze geflogen war.

Dieser Fall zeigt, wie schnell es gehen kann: In der aufgeheizten Stimmung, mit hochgerüsteten EU-Staaten in Osteuropa (wo allein 300.000 sofort einsatzbereite NATO-Soldaten auch aus Deutschland für einen möglichen Krieg gegen Russland stationiert sind) kann schnell selbst ein versehentlich gezündeter Funken eine Kettenreaktion auslösen, deren kriegerische Folgen keiner mehr beherrschen kann.

China: Eine gefährliche Spirale in Richtung (Handels-)Krieg

Letzten Monat hat die Bundesregierung mit großem Tamtam entschieden, dass der chinesische Konzern Cosco nicht 35%, sondern nur... 24,9% eines Terminals im Hamburger Hafen kaufen darf. Und nun hat sie den Verkauf eines Dortmunder Betriebs für Mikrochips an ein chinesisches Unternehmen verboten. Ebenfalls mit der Begründung, für Deutschland „strategisch wichtige“ Betriebe dürften nicht von China abhängig sein.

In Wahrheit werden in diesem Dortmunder Betrieb Mikrochips einer relativ alten Technologie hergestellt. Nun, wo die chinesische Firma ihn nicht kaufen darf, soll der Betrieb wohl geschlossen und alle 225 Arbeitenden entlassen werden. So viel zum Thema „strategisch wichtiger“ Betrieb.

Offensichtlich sind das (eher lächerliche) Propaganda-Aktionen der Regierung. Doch was dahinter steckt, ist gar nicht zum Lachen.

Der Kampf der Konzerne um die Absatzmärkte wird immer heftiger – und USA, Deutschland, Frankreich und Großbritan-

nien haben Sorge, dass die chinesischen Konzerne sich zu einem ernsthaften Konkurrenten für ihre weltweiten Profitinteressen entwickeln. Dies wollen sie mit allen Mitteln verhindern.

Zwischen den USA und China kommt es deshalb bereits seit einiger Zeit zu Handelskonflikten. Auch stationieren die USA immer mehr Militär vor Chinas Küsten – weshalb China ebenfalls hochrüstet.

Und nun redet auch die deutsche Außenministerin Baerbock davon, dass die deutsche Wirtschaft „unabhängiger“ von China werden müsse: Weil wir uns perspektivisch auf Sanktionen, Handelskriege „wie gegen Russland“ einstellen müssten – ja vielleicht sogar auf Krieg!

Schon dass die deutsche und die chinesische Wirtschaft „unabhängig“ voneinander werden sollten, ist eigentlich unmöglich und verrückt. Es gibt kaum zwei Wirtschaften auf der Welt, die stärker miteinander verwoben wären. Deutschland ist Chinas wichtigster Handelspartner und umgekehrt. Die deutschen Autokonzerne verkaufen mehr als jedes

dritte Auto in China. Zig deutsche Unternehmen haben Fabriken in China. Gleichzeitig ist fast jedes deutsche Unternehmen auf Zulieferer aus China angewiesen. Es gibt keinen Wirtschaftsbe- reich, in dem die beiden Länder nicht voneinander abhängig wären.

Für beide Seiten wären ein Rückgang des Handels, Sanktionen oder Handelskriege eine Katastrophe. Sie würden sofort zu einem dramatischen Rückgang der Produktion und der Lebensbedingungen der Arbeitenden in China wie in Deutschland führen. Und reden wir gar nicht erst davon, welche lebensbedrohlichen Folgen es für die ganze Menschheit hätte, wenn es zu einem Krieg zwischen den Großmächten kommen sollte.

Keiner kann daran ein Interesse haben. Und dennoch droht sich alles in diese Richtung zu entwickeln, weil die kapitalistische Klasse und ihre Regierungen die Dynamik ihrer eigenen, auf Konkurrenzkampf basierenden Wirtschaftsordnung nicht beherrschen. Dem Kapitalismus ein Ende zu setzen, wird immer mehr eine Frage des Überlebens.

Geflüchtete in der EU: Die Barbarei kennt keine Grenzen

Als eine ihrer ersten Amtshandlungen hat sich die neue rechtsextreme Regierung Italiens geweigert, die Schiffe der Hilfsorganisationen an Land zu lassen, die Flüchtlinge im Mittelmeer vor dem Ertrinken gerettet hatten. Die Botschaft war klar: Die Hilfsorganisationen sollen ihre Rettungsfahrten einstellen und die Geflüchteten ertrinken lassen!

Die Behörden zwangen die erschöpften und traumatisierten Überlebenden, auf dem Meer zu bleiben – selbst dann, als auf dem Flüchtlingsschiff *Ocean Viking* Nahrung und Medikamente zu fehlen begannen.

Kurz bevor es zur Katastrophe kam, hat schließlich die französische Regierung das Schiff anlegen lassen – doch ebenfalls mit der ausdrücklichen Erklärung, zukünftig werde man keine Flüchtlingsschiffe mehr anlegen lassen.

Und es ging noch weiter: Das Schiff durfte nicht etwa im normalen Hafen anlegen, sondern weit weg in einer Sonderzone, in der die Flüchtlinge zunächst „aussortiert“ wurden. 44 wurden direkt in ihre Heimatländer zurückgeschickt, die übrigen auf 11 EU-Länder verteilt – ohne Rücksicht auf ihre Pläne oder darauf, ob sie Familie in einem EU-Land haben.

Die Geflüchteten werden wie Aussätzige behandelt – in einem widerlichen Geschacher, bei dem jedes EU-Land so wenig wie möglich von ihnen aufnehmen und so viele wie möglich an den nächsten abzuschieben versucht. Diese Politik ist ein Verbrechen!

Weltklimakonferenz: Der Planet verbrennt im Feuer der Profitgier

Mittlerweile ist es die 27. Weltklimakonferenz. Auf jeder Konferenz versprechen die Regierungen hoch und heilig, alles zu tun, um die Treibhaus-Emissionen zu senken. Doch stattdessen ist der CO₂-Ausstoß im letzten Jahr so stark gestiegen wie kaum je zuvor.

Schon jetzt sind die Folgen des Klimawandels deutlich spürbar... und tödlich. Selbst im reichen Europa haben dieses Jahr Überschwemmungen, Hitzewellen, Trockenheit und Feuersbrünste über zehntausend Tote gefordert. Noch viel schlimmer ist es in den armen Ländern, die selber keinerlei Verantwortung für den Klimawandel tragen – und die obendrein kaum Mittel und Infrastruktur haben, um die Menschen vor den Folgen der Klimakatastrophen zu schützen. Ein Drittel Pakistans versank diesen Sommer in den reißenden Fluten des Hochwassers. Die Dürre in Ostafrika führt zu mörderischen Hungersnöten. Und dennoch werden jedes Jahr mehr Treibhausgase in die Atmosphäre gepumpt!

Denn keine Regierung ist bereit, ernsthaft Maßnahmen gegen die großen Konzerne und Milliardäre zu ergreifen, die die Hauptverursacher des Klimawandels sind.

Es ist bezeichnend, dass auf dem Klimagipfel allein 636 Vertreter der Konzerne anwesend sind, die mit fossilen Energien ihr Geld verdienen. Die haben natürlich ein Auge darauf, dass kein Beschluss gefasst wird, der ihr Recht auf Profit

ernsthaft einschränkt – und wenn dafür der Planet draufgeht!

Es ist nicht erstaunlich, dass junge Klimaaktivisten angesichts der offensichtlichen Tatenlosigkeit der Regierungen, für die die Profite einiger Konzerne wichtiger sind als die Zukunft der Menschheit, wütend und verzweifelt sind.



Einige von ihnen hoffen, mit spektakulären Aktionen die Politiker unter Druck zu setzen – zum Beispiel, indem sie sich auf Straßen festkleben, (mit Glas geschützte) berühmte Gemälde mit Farbe bewerfen oder Reifen zerstechen. Als „Klima-Terroristen“, die „unverzeihliche Straftaten“ begehen, sind sie dafür von vielen Politikern beschimpft worden – während dieselben heuchlerischen Politiker anschließend mit Konzernchefs oder Diktatoren zu Abend essen, deren Entscheidungen tatsächlich für den Tod und die Gefährdung zahlloser Menschen verantwortlich sind.

Und dennoch erhoffen sich viele Klima-Aktivisten ernsthafte Hilfe von diesen Politikern. Sie glauben, sie könnten die

Politiker zu ernsthaften Reformen bewegen.

Man kann und darf nichts erwarten von Politikern, die sich mit Haut und Haaren dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung verschrieben haben. Die ernsthaft glauben, dass die Wirtschaft nur „funktionieren“ würde, solange die Unternehmen in den Händen privater Kapitalisten sind und ihr Motor Konkurrenzkampf und Profit ist. Denn gerade dies verhindert jeden ernsthaften Klimaschutz.

Die Politiker haben weder den Willen noch die Macht dazu, die bedrohliche klimatische Entwicklung aufzuhalten. Denn dazu muss zwingend die Wirtschaft anders organisiert werden.

Statt dass jeder Konzern für sich entscheidet, was er tut – was zwangsläufig Chaos und Verschwendung mit sich bringt – muss die Wirtschaft länderübergreifend und ressourcenschonend geplant werden: Was und wie produziert wird, darf nicht danach entschieden werden, was am meisten Profit bringt, sondern muss danach geplant werden, was für die Menschheit und den Schutz des Klimas notwendig ist.

Wer wirklich den Klimawandel stoppen will, muss sich für eine Revolution einsetzen: Dafür, dass die arbeitende Bevölkerung den Kapitalisten die Konzerne und die Macht wegnimmt und sie gemeinschaftlich selber übernimmt.

Der Twitter-Vogel ist ein Geier

Kaum hatte Elon Musk für 44 Milliarden Dollar Twitter gekauft, hat er die Hälfte der Beschäftigten rausgeschmissen – per Mail! Von heute auf morgen kamen sie nicht einmal mehr ins Gebäude und ihre Konten waren gesperrt. Die übrigen mussten innerhalb von zwei Wochen per Mail bestätigen, dass sie in Zukunft zu „langen Arbeitszeiten mit hoher Intensität“ bereit sind. Wer dem nicht zustimmt, wird ebenfalls gefeuert.

Dazu also dient das Vermögen der reichsten Leute der Welt, die dadurch obendrein das Recht haben, willkürlich wie Diktatoren über Unternehmen und Beschäftigte zu herrschen!

Sie gehören enteignet – im Interesse Aller!

Facebook, Amazon, Twitter: Neue Technologien, alte Ausbeutung

Nach Twitter hat auch der Meta-Konzern (dem Facebook, Whatsapp und Instagram gehören) angekündigt, 11.000 Arbeitende und damit jeden achten Beschäftigten zu entlassen. Dann folgte Amazon mit der Ankündigung, 10.000 unbefristet Beschäftigte zu entlassen (von den Befristeten ganz zu schweigen).

Alle diese Konzerne und ihre Besitzer gehören zu den Reichsten der Welt. Doch dieses Jahr wachsen ihre Märkte und Gewinne nicht mehr so schnell wie bisher. Facebook zum Beispiel hat in den letzten drei Monaten „nur“ 4 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Prompt sind ihre Aktienkurse eingebrochen.

Um die Spekulanten zu beruhigen, wollen die Tech-Konzerne nun deutlich zeigen, dass sie alles tun, um die Gewinne auf anderem Weg zu sichern – auf Kosten der Arbeitenden. Seit Amazon die 10.000 Entlassungen angekündigt hat, sind die Aktienkurse auch gleich wieder um 15% gestiegen – bezahlt mit der Existenz von 10.000 Arbeitenden (und ihre Familien), die den spektakulären Reichtum des Konzerns über Jahre mit geschaffen haben.

RWE: Panikattacke

Das Call-Center im RWE-Turm in Essen hat Ende Oktober mehrere Kündigungen ausgesprochen. Daher kam es zu einer spontanen Versammlung von Arbeiter*innen vor dem RWE-Gebäude.

Daraufhin kam die Polizei mit einem Großaufgebot und sogar mit einem Hubschrauber – weil man die Protest-Aktion vor dem Konzern als „Bedrohungslage“ eingestuft hatte!

Interessant, wie schnell sie Angst vor uns bekommen können...



Zu viel Gas in Europa: Ihre Weltordnung ist krank!

Derzeit ankern dutzende LNG-Tanker mit flüssigem Gas im Wert von zig Milliarden Euro vor der Küste Europas – und niemand will das Gas haben. Während gleichzeitig die Bevölkerung dazu aufgerufen wird, mit allen Mitteln Gas zu sparen.

Es ist absurd. Da haben die europäischen Staaten und insbesondere Deutschland wie wild überall Gas gekauft, um die Speicher zu füllen und das russische Gas zu ersetzen. Sie haben damit die Gas-Preise in irrsinnige Höhen getrieben. Gas-Produzenten und Spekulanten der ganzen Welt haben sich auf diese Gelegenheit gestürzt, haben Tanker geordert, Gas gekauft und immer mehr Tanker auf den Weg nach Europa geschickt.

Doch der Winter war bislang mild. Obendrein ist die Industrieproduktion und damit deren Gasverbrauch wegen der Krise zurückgegangen. Deshalb sind die Speicher nun voll. Doch weil es keinerlei Plan und keinerlei Abstimmung in der kapitalistischen Produktion gibt, schickten die Gasverkäufer erstmal weiter Schiffe nach Europa. So lagern nun dutzende Tanker mit Millionen Kubikmeter Gas vor der Küste Europas und finden keinen Käufer. Und jeden Tag, den sie dort länger liegen, entweicht etwas von ihrer Ladung in die Luft.

Seit sechs Wochen Streik bei Riesa: Für 2 Euro mehr Stundenlohn

Seit sechs Wochen streiken die 150 Arbeiter*innen beim Nudelhersteller „Riesa“ in Sachsen. Sie sind entschlossen, 2 Euro mehr Stundenlohn durchzusetzen. Bislang arbeiten sie zu absoluten Niedriglöhnen. Viele von ihnen, vor allem Frauen, verdienen dreischichtig in der Produktion gerade einmal 51 Cent mehr als den Mindestlohn – mehrere hundert Euro weniger als ihre Kolleg*innen in Westdeutschland.



Auch 30 Jahre nach der Wende ist das keine Seltenheit. Riesa ist eine typische Geschichte. Anfang der 1990er Jahre hat das westdeutsche Unternehmen (Alb-Gold) seinen größten ostdeutschen Konkurrenten (Riesa) quasi umsonst geschluckt. Seitdem verdient die Unternehmer-Familie aus Baden-Württemberg Millionen Euro an der besonderen Ausbeutung der ostdeutschen Arbeitenden.

Symbolisch zogen die Streikenden am 9. November – dem Tag des Mauerfalls – vor das Brandenburger Tor und forderten: „Niedrig-Lohnmauer einreißen“.

Katar: Die Auftraggeber sitzen bei uns

Normalerweise ist die WM für die Regierungschefs und andere hohe Politiker immer eine gute Gelegenheit, sich zu zeigen und Werbung zu machen.

Doch die Empörung vieler Leute über die kranken Bedingungen der WM – ganz besonders die sklavenähnliche Ausbeutung der zehntausenden Arbeitsmigranten, die die Stadien, Hotels und Straßen gebaut haben und von denen nicht wenige dabei gestorben sind – hat ihnen die Suppe versalzen.

Nun müssen auch „unsere“ Politiker Empörung heucheln. Was ihnen sichtlich schwerfällt: Schließlich stören sie die Bedingungen keineswegs, wenn es darum geht, der Regierung in Katar Waffen zu verkaufen oder von dort Gas zu importieren.

Ganz zu schweigen davon, dass zu den Firmen, die in Katar die WM-Anlagen gebaut und die Arbeiter zu Tode geschuftet haben, zahlreiche europäische Konzerne gehören: angefangen bei Züblin, Siemens und Hochtief.

Renten: ein weiterer Diebstahl

Arbeitsminister Heil (SPD) hat ernsthaft behauptet, dass es im Juli nächsten Jahres eine „spürbare Rentenerhöhung“ geben soll, von... 3,5% im Westen und 4,2% im Osten.

Soll das ein schlechter Scherz sein? Bei dem Tempo, in dem Preise steigen, bedeutet dies eine spürbare Renten-Senkung! Es ist ein weiterer Diebstahl an allen, die jahrzehntelang hart für ihre Rente gearbeitet haben. Und es bedeutet, dass noch mehr Rentner*innen den erniedrigenden Weg zu den Tafeln gehen müssen.

Laut der Regierung ist gesetzlich festgelegt, wie stark die Renten steigen: Je höher die Löhne in einem Jahr durchschnittlich steigen, desto mehr steigt auch die Rente.

Womit sie uns nur bestätigen, was wir ohnehin schon wussten: Dass unsere Löhne dringend steigen müssen, und zwar mindestens so viel und so oft wie die Preise – auch im Interesse der Rentner*innen.

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen; www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980